

# aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

42 April/Mai 2024 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

**rso**  
revolutionär sozialistische organisation

## EUROPAWAHL

### Revolutionäre Kandidatur in Frankreich

Seite 2

## AUS DEN BETRIEBEN

- Autofabrik in Wien wird geschlossen
- Tarifabschluss Deutsche Bahn

ab Seite 4

## FRANKREICH

### Pflegekräfte für Gaza

Seite 6

## DEUTSCHLAND

- Repression gegen Palästina-Solidarität
- Militarisierung

ab Seite 7

## GESCHICHTE

### Revolution in Portugal

Seite 10

## INTERNATIONAL

- Zur Rolle der Israel-Lobby in den USA
- Argentinien: Protest gegen Milei

ab Seite 12

## REZENSION

### The Zone of Interest

Seite 15



## Klassenkampf und internationale Solidarität gegen das Europa des Kapitals!

Die Konflikte auf internationaler Ebene nehmen zu. Ob Ukraine, Gaza, Jemen oder Taiwan, die imperialistischen Mächte geraten vermehrt in Widerspruch um die Aufteilung der Welt. Die Europäische Union gab sich stets als Friedensprojekt, heute wird ungeniert im Inneren aufgerüstet und nach außen die Festung Europa abgeschottet. Kurz bevor der Wahlkampf zum EU-Parlament richtig los geht, wurde noch das EU-Asylrecht verschärft, inklusive des Plans, Lager außerhalb der EU zu errichten. Gleichzeitig werden auch in den EU-Staaten die Lebensbedingungen für die Arbeitenden gedrückt und die Perspektiven für junge Menschen immer schwieriger. Auch deshalb verstehen immer mehr Menschen, dass es nicht so weiter gehen kann, und wenden sich auch revolutionären Ideen zu.

Eine revolutionäre Antwort ist notwendig und wir sind an deren Aufbau im

deutschsprachigen Raum und international beteiligt. Sei dabei, wenn wir zentrale politische Themen unserer Zeit behandeln: Am 2. Mai zur Militarisierung in Deutschland, am 23. Mai zur Lage des US-Imperialismus und am 6. Juni über die EU. Denn unsere Genoss:innen der NPA bereiten eine anti-imperialistische Kandidatur zum Europaparlament vor, die das grässliche Grenzregime der „Festung Europa“ als Waffe des Kapitals gegen die Solidarität der Arbeiter:innen entblößt. Die Veranstaltungen können in Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Bielefeld und Wien besucht werden, oder auf Anfrage per Stream teilgenommen werden. Organisiere dich mit uns, weil gute Ideen allein nicht zur Veränderung der Welt ausreichen! Auch unser Sommercamp Ende Juli im Harz bietet gute Gelegenheiten uns besser kennen zu lernen. ■

## Revolutionäre Kandidatur zur Europawahl

**D**er Wahlkampf zu den Europawahlen ist eingeläutet. Unsere Schwesterorganisation in Frankreich, die Neue Antikapitalistische Partei (NPA), ist groß genug für eine eigene Kandidatur. Dabei geht es nicht darum, Illusionen zu nähren in die Möglichkeiten des bürgerlichen Parlamentarismus, sondern den Arbeitenden auch am Wahltag ein Kampfprogramm für ihre Interessen zu präsentieren. Angesichts der unsäglichen Migrationsdebatten und der mörderischen Abschottungspolitik, die in Europa geführt werden, legt die NPA einen Schwerpunkt auf den Kampf für offene Grenzen.

Die Liste trägt den Namen „Für eine Welt ohne Bosse und Grenzen, Revolution ist notwendig!“ und wird angeführt von zwei Arbeiter:innen, Selma Labib, 28-jährige Busfahrerin, und Gaël Quirante, 48-jähriger Gewerkschaftsaktivist bei der Post. Wir dokumentieren hier die Pressemitteilung, mit der die Kandidatur verkündet wurde und die Grundlinien des Wahlprogramms skizziert wurden:

„Das bei diesen Europawahlen erwartete Duell zwischen der Liste von Macron und der Liste von Le Pen repräsentiert in keiner Weise die Millionen von Jugendlichen, Arbeiterinnen und Arbeitern, mit oder ohne Job, die in den letzten Jahren auf die Straße gegangen sind, und all diejenigen, die sie dabei unterstützt haben: Gegen die Rentenreform, die zwei Jahre mehr Arbeit für den Profit der Unternehmen bedeutet, gegen Polizeigewalt und Rassismus, für Lohnerhöhungen, gegen die Massaker in Palästina. Im Grunde unterscheidet bei all diesen Themen nichts den Macronismus von der extremen Rechten. Macron, der Präsident der Bosse, betreibt eine Politik der rassistischen Spaltung, und Le Pen, die Vorsitzende einer rassistischen Partei, träumt davon, ihre Politik in den Dienst der Bosse zu stellen.

Angesichts der kapitalistischen Sackgasse, die zu Niedriglöhnen, zur Zerstörung der Öffentlichen Dienste, zu Kriegen und zur Zerstörung der Umwelt führt, kann nur die Gegenwehr der Arbeitenden und der Bevölkerung, kann nur eine große gemeinsame Bewegung die Spielregeln ändern. Das ist notwendig, weil wir den Lauf der Welt nicht in



den Händen einer Minderheit von Profiteuren belassen können. Das ist möglich, denn auch wenn die Kapitalisten die Milliarden haben, wir sind Millionen. Und es ist dringend: Wir können nicht bis 2027 warten, wenn schon am 10. des Monats das Geld alle ist!

Diese Europawahlen, egal wie sie ausgehen, werden nichts daran ändern. Deshalb wählen Sie, ohne taktisches Kalkül, das was Ihren Überzeugungen am nächsten steht! Das Kreuz bei der NPA zu machen bedeutet, die Politik des Präsidenten der Reichen genauso abzulehnen wie den Rassismus der radikalen Rechten, und misstrauisch zu sein gegenüber den Politiker:innen der Linken, die schöne Versprechungen machen, solange sie in der Opposition sind, aber immer Verrat begehen, sobald sie an der Macht sind. Es bedeutet auch und vor allem, das Vertrauen in unsere eigene Fähigkeit als Arbeitende die Welt zu verändern auszudrücken.

Das Programm, das wir vorlegen, ist ein Kampfprogramm. Seine Verwirklichung

» Die zynischen Regierungen erzählen uns, als ob es sich um etwas Selbstverständliches handeln würde, dass wir ja nicht das ganze Elend der Welt bei uns aufnehmen könnten. Aber wie wäre es, wenn sie mal aufhören würden, in der ganzen Welt das Elend zu verbreiten?! «

hängt nur von der Bereitschaft von Millionen von Arbeitenden ab, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, in ganz Europa und in der ganzen Welt:

• Wir wollen leben und nicht nur überleben: In ganz Europa kein Lohn, kein

Einkommen unter 2000 Euro netto, sofortige Aufstockung um 400 Euro mehr pro Monat für alle, Koppelung der Löhne an die Preise. Das ist das Mindeste in einer Zeit, in der die Profite alle Rekorde brechen!

- Die Unternehmen auf Diät setzen und die Dienstleistungen für die Bevölkerung ausbauen: Stopp und Rückzahlung der Subventionen an die Großunternehmen



und massive Neueinstellungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Wohnungsbau. Nein zur Schule der sozialen Auslese, Zugang zur besten Gesundheitsversorgung für alle!

- Luft zum Atmen, offene Grenzen: Migrantische Arbeitende sind nicht unsere Konkurrent:innen, sondern unsere Verbündeten im Kampf gegen die Unternehmen. Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit, Aufenthaltsgenehmigungen für alle!

- Gegen alle Unterdrückungsformen, gegen die Zerstörung der Umwelt, ein „kleiner Schritt“: den Kapitalismus stürzen!

- Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke das Gewitter: Die finanzielle und imperialistische Gier ist die treibende Kraft hinter den sich ausweitenden Konflikten. Nur der Sturz des Kapitalismus wird allen Völkern nicht nur Frieden, sondern auch Gerechtigkeit

bringen, von Palästina über den Kongo bis zur Ukraine. Französische Truppen raus aus Afrika, russische Truppen raus aus der Ukraine, NATO-Truppen raus aus Osteuropa! Keine Waffe, kein Cent für die Massaker des israelischen Staates!“

...

Der erste Wahlkampfauftritt fand nicht zufällig am internationalen Tag gegen Rassismus und Faschismus am 23. März statt. Bei einer internationalistischen Rallye mit Beiträgen aus ganz Europa sagte Selma vor über 800 Zuhörer:innen Folgendes (Rede aus Platzgründen gekürzt):

„In diesen Zeiten, die mit reaktionären, rassistischen und nationalistischen Ideen vergiftet werden, kämpfen wir für eine Welt ohne Vaterland und Grenzen!“

## Migration und Kapitalismus

Und auch ohne Bosse, denn all das hängt im kapitalistischen System zusammen! Die größten Weltmächte, die heute die Einwanderung kontrollieren wollen, haben Armut und Kriege gesät. Total: 21 Milliarden Gewinn im letzten Jahr. Total baut eine Ölpipeline zwischen Uganda und Tansania. Das sind 100.000 Menschen, die ihr Land verlassen müssen, von dem sie ihre Familien ernähren und ein Einkommen erzielen konnten, um ihre Kinder zur Schule zu schicken. Die zynischen Regierungen erzählen uns, als ob es sich um etwas Selbstverständliches handeln würde, dass wir ja nicht das ganze Elend der Welt bei uns aufnehmen könnten. *Aber wie wäre es, wenn sie mal aufhören würden, in der ganzen Welt das Elend zu verbreiten?!*

Einwanderung ist kein „Problem“. Das Problem sind all die kriminellen Politikansätze, die darauf abzielen, einen Teil unserer Klasse – unserer Arbeitskolleg:innen – zu schwächen, indem sie ihre Aufenthalts-, Lebens- und Arbeitsbedingungen noch schwieriger machen!

Alle Arbeitenden müssen sich unbedingt klarmachen: Das, was die Unternehmen heute dem am meisten ausgebeuteten Teil unserer Klasse antun, das werden sie morgen allen aufzwingen.

*Arbeitende aus Frankreich oder von woanders: Dieselben Bosse, derselbe Kampf! Wenn ein Teil unserer Klasse angegriffen wird, dann müssen alle zusammen zurückschlagen!*

## Gegen Nationalismus und Patriotismus, immer auf der Seite der Unterdrückten

Wir sind für einen Planeten ohne Vaterland und Grenzen, auf dem sich jeder und jede frei bewegen und überall zu Hause fühlen kann. Aus diesem Grund bekämpfen wir diese Welt, in der die von den einen festgelegten Grenzen verhindern, dass die anderen auch nur das geringste Recht auf eine kulturelle oder nationale Existenz haben, ja nicht einmal ein Recht auf Existenz überhaupt! Heute führt der Kolonialstaat Israel in Palästina einen neuen völkermörderischen Krieg gegen das Recht eines Volkes, über sich selbst und seine Territorien zu bestimmen.

Die Solidarität mit Palästina ist keine Unterstützung für die reaktionäre Hamas. Denn unser Internationalismus bedeutet auch, zu wissen und daran zu erinnern, dass der Klassenkampf in diesen unterdrückten Nationen selbst nicht verschwindet und dass es im Gegenteil für eine vollständige Befreiung notwendig ist, dass die Arbeitenden die Führung in diesen Kämpfen übernehmen!

Die Arbeiter:innenklasse ist international, und das ist auch gut so. Man muss nur morgens in den ersten Bussen oder U-Bahnen sehen, wer am Steuer sitzt und wer zur Arbeit fährt, in die Fabriken, in die Küchen der Restaurants, in die Krankenhäuser ...

Mit dieser Arbeiter:innenklasse verbinden sich Lebens-, Kultur- und Kampferfahrungen, die Ozeane und Kontinente überspannen und uns daran erinnern, dass uns jenseits aller Unterschiede *die gleichen Ausbeutungsbedingungen vereinigen*.

Mit meinem Genossen Gaël Quirante werde ich unsere Liste von Arbeitenden und Jugendlichen anführen, *mit einem Programm das deutlich sagt: Wir sind es, die arbeiten, wir sind es, die entscheiden!* ■

# Schließung der Autofabrik in Wien Aspern

**E**nde der 80er Jahre wurde vom sozialdemokratischen Bundeskanzler ein Vertrag mit Opel über die Errichtung eines Motorenwerks in Wien Aspern unterzeichnet. Opel wurden dafür staatliche Investitionen von umgerechnet fast einer Milliarde Euro versprochen. Das Werk sollte ein Vorzeigeprojekt sozialdemokratischer Politik im industriell eher schwach aufgestellten Wien darstellen.

Im Juli 2024 wird das Werk endgültig geschlossen, nachdem Opel von Stellantis (einem Zusammenschluss von Fiat Chrysler und Peugeot Citroen, viertgrößter Automobil Konzern der Welt) übernommen wurde. Auch für viele Linke spielte Opel Aspern, einer der größten Industriebetriebe Wiens, eine Rolle mit Leuchtturmfunktion im Klassenkampf. Wir berichten zum Ende des Werks über Versuche von Revolutionär:innen betriebliche Kämpfe zu führen und über die Rolle der Sozialdemokratie im Betrieb.



### Revolutionäre Betriebsintervention

1982 begann die Produktion von Motoren und Getrieben, 1983 waren 2200 Mitarbeiter:innen am Standort beschäftigt. Der Kern der Beschäftigten waren ehemalige Stahlarbeiter aus sozialdemokratischen Milieus, außerdem viele junge Arbeiter, die neu in der Industrie waren. Schon 1983 begann die Gruppe IKL (Internationale Kommunistische Liga) damit, eine Gruppe im Betrieb aufzubauen. Während die Aktivist:innen im Betrieb verdeckt arbeiteten, wurde von der Gruppe eine Betriebszeitung von außen verteilt. Signiert wurde die Zeitung von der „Gruppe Oppositioneller Arbeiter (GOA) – angelehnt an die Gruppe „Oppositioneller Gewerkschafter“ bei Opel Bochum. Einen ersten Erfolg konnte die Gruppe verbuchen, als die Firma wegen eines Produktionsstillstandes durch einen Streik in deutschen Opelwerken nicht den vollen Lohn ausbe-

zahlen wollte. Es gelang ihr Proteste zu organisieren und damit den sozialdemokratischen Betriebsrat so unter Druck zu setzen, dass dieser die volle Entlohnung ausverhandelte. Infolgedessen konnte sich die Gruppe aufbauen, neue Arbeiter:innen gewinnen und die Betriebszeitung selbst produzieren.

### Bewegung gegen Überwachung

Der nächste betriebliche Konflikt war die Einführung eines Überwachungssystems, bei dem jeder Maschinenstillstand begründet werden muss. Zum Beispiel Werkzeugbruch, kein Material, oder WC-Pause. Es wurde auch gemunkelt, dass in anderen Betrieben dadurch Frauen wegen häufiger WC-Pausen entlassen wurden. Die Belegschaft war schockiert und es wurde eine spontane Unterschriftenaktion dagegen gestartet. Diese musste allerdings aufgrund von massiven Drohungen der sozialdemokratischen Betriebsrät:innen abgebrochen werden. Auf einer bevorstehenden Betriebsversammlung wollte die revolutionäre Gruppe gegen das Überwachungssystem auftreten. Solidarität gab es von Studierenden und Lehrenden der technischen Universität und auch die öffentliche Berichterstattung im Radio gab Grund zur Hoffnung, dass die Einführung des Systems verhindert werden könnte.

### Sozialdemokratische Reaktion

Doch die Gewerkschaftsbürokratie fuhr alle Geschütze auf, die sozialdemokratischen Betriebsräte wurden vom Chef der Metallergewerkschaft und des österreichischen Gewerkschaftsbundes Anton Benya unterstützt. Mit einer Stimmung der Angst wurden Gegenstimmen verhindert und das System für angenommen erklärt. Nach dieser Niederlage orientierte sich die GOA auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Die

Sozialdemokrat:innen fürchteten die Wahlen und sorgten mit Management und Werkschutz – unterstützt von der Staatspolizei – dafür, dass die Arbeiter:innen der GOA ausgeforscht und gekündigt wurden. Die Gruppe wurde dadurch zerschlagen. Es gab zwar auch später vereinzelt Versuche von linken Gruppen sich bei Opel zu verankern und bei jedem Warnstreik ein routinehaftes Verkaufen von linken Zeitungen. Es ist aber nie wieder gelungen an die Arbeit der GOA anzuknüpfen, und eine richtige revolutionäre Betriebsgruppe aufzubauen.

### Ende

Der Betrieb blieb von Umstrukturierungen in der Automobilbranche nicht verschont. Infolge der Krise ab 2008 wurde auf Kurzarbeit gesetzt und Leiharbeiter\*innen gekündigt. Die Stammbeslegschaft schrumpfte langsam, 2016 waren noch 1850 Mitarbeiter:innen beschäftigt. 2017 wurde Opel durch den PSA-Konzern (Peugeot Citroen) übernommen, die Produktion wurde eingeschränkt und weiter Personal abgebaut. Nach der Fusion zu Stellantis 2021 haben internationale Schließungspläne diesen Prozess noch verschärft. Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen diese Angriffe gab es all die Jahre nicht. Stattdessen wurden sogar Vereinbarungen über Lohnkürzungen zur Standortsicherung getroffen. Die sozialdemokratische Strategie mit Investitionen aus Steuergeld Unternehmen anzulocken und dann innerbetrieblichen Widerstand zu unterdrücken hat letztendlich ihr Ende gefunden. Nur noch wenige hundert Beschäftigte sind übrig geblieben, die jetzt ihren Arbeitsplatz verlieren. ■

*Florian Weissel, Wien*

# Deutsche Bahn: Glück und Zufriedenheit? Kommt drauf an, wen man fragt.

**I**m Bahnsektor hat es Ende März eine Einigung in den Verhandlungen über Lohnerhöhungen und Arbeitszeiten gegeben. Deutsche Bahn (DB) Personalchef Seiler trat vor die Kameras und erklärte, die DB sei mit dem Abschluss mit der Gewerkschaft deutscher Lokführer (GDL) sehr zufrieden. Gewerkschaftschef Weselsky trat zur selben Zeit vor die Kameras und erklärte, die GDL sei auch super zufrieden.

Selbst in der Presse gab es Lob, weil eine flexible Arbeitszeitregelung inklusive einer Arbeitszeitreduzierung auf eine 35-h-Woche bei vollem Lohn vereinbart worden war. Das könne eine Antwort auf den Fachkräftemangel sein. Bei soviel Jubel und Durchhalteparolen, was kann es da an Fragen und Kritik geben? Eine Menge!

Ein Problem ist, dass der vollständige Text der Vereinbarung nicht öffentlich ist. Und selbst wenn er es wäre, er wäre schwer zu verstehen. Die komplizierten Details müssten erst mal in Menschen-sprache übersetzt werden. Stellt man die Forderungen dem Ergebnis gegenüber, ist das Resultat dennoch einfach: Alles kommt spät und zu wenig. Die Forderung ist 555 Euro mehr pro Monat bei 12 Monaten Laufzeit gewesen. Mit der Einigung werden aber erst im August 2024 und April 2025 die Löhne um jeweils 210 Euro steigen. 26 Monate ist die Laufzeit.

Eine Verbesserung ist, dass künftig 6 Schichten hintereinander nicht mehr möglich sein werden. Die Absenkung der Arbeitszeit von 38 bzw. 39 h pro Woche jetzt auf künftig 35 h bzw. 36 h pro Woche ist auch eine Verbesserung. Das löst aber keine Begeisterung aus, denn das kommt nur schrittweise und vollständig erst Januar 2029. Da sind viele schon in Rente ... Das betrifft auch nur ganz bestimmte Schichtarbeiter:innen. Außerdem fallen zugleich Optionen weg, mit denen man sich bislang zusätzliche freie Tage erkaufen konnte. Das macht die DB sehr zufrieden. Denn auf diese zusätzlichen freien Tage hatte man Anspruch. Wie die wöchentliche Arbeits-

zeitabsenkung aber künftig in der Schichtplanung umgesetzt wird, hängt allein vom Willen der DB ab. Wie viel werden die Bahner:innen also real an Freizeit merken? Zugleich feiert die DB, dass sie eine neue Option der Arbeitszeitverlängerung vereinbart hat. Könnte sein, dass die DB darauf pokert, dass die Leute lieber länger arbeiten, um mehr Geld zu kriegen. Die Preise steigen, die Löhne – dank DB – nicht so sehr. Und sicher wird die DB den Leuten vorhalten, dass es nicht genug Personal gibt.

den Streiks waren die Mitglieder der GDL allein. Und das Ergebnis ist kaum besser als das im letzten Jahr der EVG. Was für ein Hindernis ist diese Konkurrenz unter Gewerkschaftsapparaten, die alles ihren Apparatinteressen und ihrer Partnerschaft mit den Konzernen unterordnen! Nötig ist eine Diskussion, was diese Zersplitterung unter Kolleg:innen soll und wie sie überwunden werden kann. Die kleinteilige Zersplitterung in hunderte Unternehmen im Bahnbereich ist schon schlimm genug.

**» Die ganze Macht, die die Bahner:innen eigentlich haben, hat die GDL-Leitung nie nutzen wollen.«**

Immer schön flexibel bleiben – das ist der Spirit dieses Deals. Flexibel für wen?

Das größte „Kuriosum“ ist aber: Für wen gilt dieser Tarifvertrag? Die GDL hat in nur 18 Betrieben der DB die Mehrheit (die EVG in 55). Die GDL-Leitung hat ihre Mitglieder in eine Sackgasse geführt. Als letztes Jahr die größere Gewerkschaft EVG gestreikt hat, hatte die GDL-Leitung ihren Mitgliedern die Streikteilnahme verboten. Aber jetzt bei

Auch wenn Personalchef Seiler selbstzufrieden tut, natürlich hatten die Streiks Druck gemacht. Die DB wollte auf keinen Fall Arbeitszeitverkürzung. Weil es für die GDL-Chefetage aber immer ausreichend war, als Verhandlungspartner anerkannt zu werden, haben sie tatsächlich nur zu wenigen einzelnen Streiktagen aufgerufen und viel im Geheimen verhandelt. Die ganze Macht, die die Bahner:innen eigentlich haben, hat die GDL-Leitung nie nutzen wollen. Diese Streikstrategie zu diskutieren ist auch nötig.

Es gibt einige Unzufriedenheit mit dem Ergebnis. Es gibt das Gefühl, dass man häufig streiken müssen, aber dafür das Ergebnis überschaubar ist. Jetzt im April wird es eine Urabstimmung geben. Wie viele werden sich an der Abstimmung beteiligen? Und wie viele werden „nein“ stimmen? ■

Sabine Müller, Berlin



## Pflegekräfte für Gaza

**S**eit einem halben Jahr schon bestraft Israel die Bevölkerung des Gazastreifens kollektiv für das Massaker der Hamas. Die Zahlen unschuldiger Opfer auf palästinensischer Seite sind rund 30-mal höher als die vom 7. Oktober und jeder Tag bringt neues mörderisches Leid. Krankenhäuser wurden in Schutt und Asche gelegt. Das hat insbesondere Pflegekräfte dazu gebracht, sich in Solidarität mit der Bevölkerung Gazas zu organisieren.

In Frankreich gründete sich schon im November 2023 das Kollektiv „Pflegekräfte für Gaza“, an dem Aktivist:innen unserer Schwesterorganisation NPA beteiligt sind. Das Kollektiv hat einen Instagram-Auftritt mit inzwischen über 200 Beiträgen und 27.000 Followern<sup>1</sup>. Seit November ist das Kollektiv bei vielen wöchentlichen Demonstrationen in Paris aufgetreten: in Kitteln und mit Transparenten „Pflegekräfte gegen das Massaker in Gaza“. Es wurden wöchentlich vor verschiedenen Krankenhäusern im Raum Paris Kolleg:innen mit Flugblättern aufgerufen, sich der Mobilisierung anzuschließen.

Die Idee für das Kollektiv „Pflegekräfte für Gaza“ entstand aus der Stimmung auf Station heraus. Es gab Empörung über das Massaker in Palästina, aber vielen Kolleg:innen fiel es schwer, darüber zu sprechen, weil das Thema ähnlich wie in Deutschland tabuisiert wurde, indem jede Unterstützung für Gaza mit Unterstützung der Hamas gleichgesetzt wurde. Das ist kein Zufall, sondern eine Politik: Es sind die Regierung und die Presse, die diese ekelhafte Gleichset-

zung verbreiten. Das Kollektiv ist gegen alle Rassismen, darunter natürlich auch gegen Antisemitismus, und verwehrt sich dagegen, dass die Unterstützung des palästinensischen Volkes gleichgesetzt wird mit der Hamas und ihren reaktionären Methoden. Ebenso lehnt es ab, den Staat Israel und seine kolonialistische Politik mit Juden und Jüdinnen auf der ganzen Welt gleichzusetzen.

Die Motivation für die Gründung des Kollektivs bestand auch darin, die Organisationen der Arbeiter:innenbewegung mit ihrer Verantwortung zu konfrontieren. Es ist manchmal ein richtiger Kampf, damit die Gewerkschaften zu diesem Thema mobilisieren. Da die Gewerkschaften nichts organisierten, gingen anfangs nur diejenigen, die bereits Aktivist:innen waren oder sich direkt von der palästinensischen Sache betroffen fühlten, zu Demonstrationen. Dabei betrifft dieser Krieg alle Arbeiter:innen, unabhängig von ihrer Kultur, ihrer Konfession oder ihrer Herkunft. Das ist gemeint, wenn das Kollektiv auf Demonstrationen ruft: „In Gaza wird die Menschheit ermordet!“

### Nicht nur die schon Überzeugten erreichen

Das Kollektiv war von Anfang an darauf ausgerichtet, sich an andere zu wenden als diejenigen, die sowieso schon für die Palästina-Solidarität gewonnen sind. Es ging darum, möglichst alle Kolleg:innen zu mobilisieren. Das hieß auch, auf deren Bedenken einzugehen und z. B. in kurzen Videos auf Instagram der Propaganda der Regierung entgegenzutreten, sich klar auch gegen die Hamas und zum Schicksal der Geiseln zu positionieren. Es geht um internationalistische Solidarität:

Eine Solidarität als Pflegekräfte gegenüber ihren Kolleg:innen, die unter Bombenhagel arbeiten, operieren und amputieren ohne jegliche Hilfsmittel, die Hunderte von Patient:innen sterben sehen aus Mangel an allem in den Krankenhäusern in Gaza, die eines nach dem anderen unter Beschuss der Armee geraten ...

Das Entscheidende bei der Mobilisierung ist, inhaltlich zu überzeugen. Dabei blieb das Kollektiv von Anfang an nicht bei der Losung „Waffenstillstand“ stehen. Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben, deshalb tritt es auch klar gegen die kolonialistische Siedlungspolitik auf.

Tatsächlich gibt es im Kollektiv und auf den Demonstrationen ein echtes Gefühl der Befreiung. Die Bande, die in diesem Kampf geknüpft werden, werden sich nicht so schnell lösen und sie machen uns jeden Tag stärker.

Auch in Berlin gibt es eine Initiative Gesundheit4Palestine, die es verdient größer zu werden! ■

*Richard Lux, Berlin*



<sup>1</sup> [instagram.com/soignantesprgaza/](https://www.instagram.com/soignantesprgaza/)

# Repression gegen Palästina-Solidarität

**W**ährend Israels Massaker einem Völkermord immer ähnlicher sehen, hält die deutsche Regierung an ihrer unbedingten Unterstützung fest. Da stört es allerdings, wenn sich an Universitäten Widerstand formiert und ein Palästina-Kongress Zeugen des Horrors in Gaza zu Wort kommen lassen und die Verantwortung Deutschlands anprangern will.

## Proteste exmatrikulieren?

An den Berliner Universitäten hatten sich früh Proteste entwickelt. Die perfide Behauptung, diese seien antisemitisch, reichte nicht aus um sie einzudämmen. Deshalb wurde ein Vorwand gesucht, um sie weiter zu kriminalisieren. Ein tätlicher Angriff auf einen jüdischen Studenten (außerhalb der Uni) bot den Anlass, das Berliner Hochschulgesetz zu ändern: Universitäten sollen „Gewalttäter“ exmatrikulieren können, also von der Uni verweisen. Das war 1968 gegen die Student:innenbewegung eingeführt und erst 2021 wieder abgeschafft worden. Nicht nur die Studierendenvertretungen laufen dagegen Sturm, auch die Präsidentin der Technischen Universität Berlin hat sich gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen: Gerade in Kontexten wie dem Nahost-Konflikt gäbe es einen enormen öffentlichen Druck auf diejenigen, die über die Fälle urteilen sollen, Exmatrikulationen

verkauft, soll aber politisch aktive Studierende einschüchtern!

## Palästina-Kongress

Vom 12. bis 14. April sollte in Berlin der „Palästina-Kongress 2024 – Wir klagen an!“ stattfinden, bei dem sich Palästina solidarische Gruppen austauschen und vernetzen, sowie die Komplizenschaft der Bundesregierung mit ihren Waffenlieferungen anklagen wollten.

Was gibt es Selbstverständlicheres, als nicht wegzuschauen, wenn mit Unterstützung Deutschlands in Gaza über 30.000 Menschen getötet, über 2 Millionen eingesperrte Menschen systematischem Hunger ausgesetzt, ihre Häuser und Krankenhäuser zerbombt werden?!

Dieser Kongress war den Herrschenden ein Dorn im Auge. Der Rektor der Universität Glasgow Ghassan Abu Sittah war eingeladen, der mit „Ärzte ohne Grenzen“ 43 Tage das Leid in Gaza hautnah erlebte und davon berichten wollte.



Demonstration gegen das Verbot des Kongresses

verantwortlich ist, werden auch ihre (jüdischen!) Mitglieder als „antisemitisch“ gelabelt. Ihr wurde das Konto gekündigt, über das die Finanzierung des Kongresses laufen sollte.

Unter völliger Missachtung der Versammlungsfreiheit hat die Polizei den Kongress kurz nach Beginn abgebrochen und aufgelöst. Da sie keine inhaltlichen Argumente vorbringen konnte, erklärte der Einsatzleiter, er habe „hinreichenden Anlass zu der Vermutung, dass bei Fortsetzung des Kongresses strafbare Äußerungen erfolgen werden, die jenen entsprächen“, deretwegen auch ein anderer Sprecher am Reden gehindert wurde. Doch alle Sprecher:innen waren im Vorfeld bekannt und von der Polizei nicht beanstandet worden.

Offenbar wurde von ganz oben festgelegt, dass der Palästina-Kongress mit allen Mitteln zu verhindern sei und daraufhin „strafbare Äußerungen“ kurzfristig „entdeckt“.

Sie wollen die Proteste mit aller Macht zum Schweigen bringen. Doch das wird ihnen nicht gelingen. Statt zum Kongress gingen die Teilnehmer:innen und viele mehr am Samstag wütend auf die Straße. Wir machen weiter! ■

*Richard Lux und Lorenz Wassier, Berlin*

[1 taz.de/Verschaerfung-des-Hochschulgesetz/15994788/](https://1.taz.de/Verschaerfung-des-Hochschulgesetz/15994788/)

**»» Im Vorfeld gab es eine Hetzkampagne, wo mit „Antisemitismus“ und „Terrorverherrlichung“ um sich geworfen wurde. Dabei war dies kein Kongress der islamistischen Hamas, sondern von linken Kräften. ««**

auszusprechen. Eine Studi-Vertreterin der Humboldt Universität stellte fest: „Gewalt ist rechtlich ein wahnsinnig unbestimmter Begriff, der oft sehr weit ausgelegt wird.“ Im Zweifelsfall könnten auch Blockaden und Störungen von Veranstaltungen als Gewalt gewertet werden.<sup>1</sup> Also fast jeder Protest.

Insbesondere für Studierende aus dem nicht-EU-Ausland ist im Fall einer Exmatrikulation die Aufenthaltserlaubnis in Gefahr. Diese Repressionsmaßnahme wird als Schutz vor Antisemitismus

Ihm wurde die Einreise nach Deutschland verweigert! Schon im Vorfeld des Kongresses gab es eine beispiellose Hetzkampagne, wo mit „Antisemitismus“ und „Terrorverherrlichung“ um sich geworfen wurde. Dabei war dies kein Kongress der islamistischen Hamas, sondern von linken Kräften, unter anderem auch der „Jüdischen Stimme“ für einen gerechten Frieden in Nahost“. Doch weil die „Jüdische Stimme“ es wagt, das zionistische Siedlungsprojekt zu kritisieren, das für jahrzehntelange Unterdrückung der Palästinenser:innen

# Militarisierung: Sie führen uns wieder herrlichen Pleiten entgegen ...

**W**ir werden die Bundeswehr zur stärksten Armee Europas ausbauen“ meinte Kriegsminister Boris Pistorius, der neue Bomber der Nation. „Mit dem Sondervermögen machen wir die Bundeswehr zu einer der schlagkräftigsten Armeen des Kontinents.“ sprang ihm sein Bundeskanzler gewohnt leidenschaftlich zur Seite.

Bei allem gebotenen Respekt gegenüber den wirtschaftlichen Möglichkeiten des deutschen Imperialismus – mein lieber Scholl(z)i, da haben sich unsere Warlords ja wirklich einiges vorgenommen.

Bisher waren die deutschen Streitkräfte nur auf zwei Feldern führend in Europa – bei der Mülltrennung und bei der Einhaltung der Anordnungen des Bundesamtes für Arbeitsplatzsicherheit. Außerdem waren sie den Dänen bei der work-life-balance dicht auf den Fersen. Aber schlagkräftig und kriegstüchtig... So dürften die markigen Sprüche aus den germanischen Wäldern sowohl im französischen Hôtel de Brienne als auch im britischen Whitehall (dem Sitz der jeweiligen Kriegsminister:innen) erst einmal nur süffisantes Grinsen hervorgerufen haben. Doch als ein paar besonders durchgeknallte Teuton:innen auch noch anfangen, die schon vor Jahrzehnten begrabene Sau „eigene deutsche Atomwaffen“ durchs Berliner Dorf zu treiben, da lächelten die Bündnispartner:innen doch etwas finster.

### Militarisierung, aber mit welchen Mitteln?

Natürlich beginnt die militärpolitische Zeitenwende des deutschen Imperialismus nicht im Februar 2022. Bereits 2013 wurde unter der Überschrift „mehr Verantwortung übernehmen“ die Abkehr von dem militärpolitischen deutschen Sonderweg der vorangegangenen zwei Jahrzehnte deutlich. Seit 2015 begann die erneute Steigerung des Rüstungsetats. Alle von den Geldern aus „Sondervermögen“ und „Zwei-Prozent-Etat“ nunmehr vorgesehenen Rüstungsprojekte

wurden bereits unter Ministerin von der Leyen geplant. Auch die jetzt angekündigte Neuaufstellung von Truppenteilen und Verbänden wurde so bereits unter Flinten-USchi an die NATO zugesagt. Immerhin steigt Deutschland mit den nun freigegebenen Militärausgaben in den Rüstungs-Charts von Platz 7 auf den Platz 3.

Die Aufrüstung ist weder ein rein deutsches noch ein europäisches Projekt. „Laut dem Stockholmer Friedensinstitut SIPRI wurde 2022 mit weltweiten Rüstungsausgaben von 2.240 Milliarden US-Dollar ein historischer Rekord aufgestellt. In den meisten Ländern der Welt wurden die Militärausgaben bereits Jahre vor 2022 hochgefahren.“

Nur der guten Ordnung halber: Den NATO-Kurs als aggressiv und konfrontativ zu brandmarken, bedeutet keinesfalls eine Stellungnahme für irgendeine andere imperialistische Blockbildung.

Es bringt nix, jetzt Kurse in Russisch oder Mandarin zu belegen ...

Im Übrigen bin ich ja schon länger der Meinung, wir müssen neben unseren tollen Texten zu unterdrückten Völkern, nationaler Frage und antiimperialistischen Bündnissen endlich auch wieder die zu „revolutionärem Defätismus“ und „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ heraus kramen.

Nun ist der NATO-Kurs auf Rüstung und militärische Konfliktlösung kein Produkt von Aufstieg und Vormarsch, im Gegenteil. Genau das macht ihn so gefährlich. Im Jahr 2000 betrug der Beitrag der USA und ihrer NATO-Partner zur weltweiten Wertschöpfung noch 60 Prozent. Heute sind wir bei 40 Prozent, Tendenz fallend. Und – der „globale Westen“ ist keinesfalls bereit, diesen ökonomischen und politischen Bedeutungsverlust kampflos hinzunehmen. Das Mittel der Wahl – Militär und



wenn die Welt daran zugrunde geht ...

Notwendig wäre es über den militärisch-industriellen Komplex zu sprechen. An dieser Stelle sei nur vor jeglicher kurzschlüssiger Überschätzung des politischen Einflusses deutscher Rüstungsschmieden gewarnt. Sicher, Gesicht und Tonart der deutschen Rüstungslobby sind besonders widerwärtig (Marie-Agnes Strack-Rheinmetall), doch hier sei nur auf einen Fakt verwiesen: Der Bundesverband der Deutschen

irgendwer, dass Milchmilliardär Theo Müller neben Millionenspenden für die AfD auch noch die Finanzierung der bis 2027 aufzustellenden Bundeswehr-Brigade im Baltikum übernimmt?

### Und die Gegenwehr ... ?

Gegen die in der Himmeroder Denkschrift entwickelten Pläne zum Aufbau einer neuen Wehrmacht als Teil des Nato-Bündnisses entwickelte sich in den frühen 50ern breiter gesellschaftlicher Widerstand. Dieser reichte von

Weltkrieg vorangeht.

Nicht nur Zeiten ändern sich. Wer letztes mal bei den Ostermärschen vorbeischaute, konnte sich vor allem von der Abwesenheit einer breiten Mobilisierung überzeugen. Ein paar Netzwerke aus den 80ern, ein paar unbeugsame Einzelkämpfer:innen – Senior:innen unter sich. Sicher, auch in den 80ern hatte so mancher Friedensbewegte die eine oder andere braune Stelle, und anthroposophische Dampfplauderer waren auch dabei. Aber unter 300.000 im Bonner Hofgarten 1981 bestimmten die nicht das Bild. (1983 waren es noch 150.000 – Kanzler Kohl damals: „Die demonstrieren, wir regieren.“)

Fatal wäre es allerdings, wenn aus Berührungangst das Thema Frieden ausschließlich der AfD oder der Wagenknecht-Bewegung überlassen würde. Nur eine revolutionäre Linke vermag eine wirkliche Friedenspolitik anzubieten, indem wir immer wieder den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg in den Vordergrund stellen.

Anders gesagt, der notwendige Widerstand gegen Rüstung und Krieg wird ohne eine breite Mobilisierung zu einer Friedensbewegung nicht erfolgreich sein können. Das erfordert neben Bündnisbereitschaft und -fähigkeit auf unserer Seite die klare Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen der imperialistischen Machtblöcke und ihrer politischen und militärischen Pläne.

Etwas, das dieser Artikel noch nicht leisten, er kann nur ein paar Anregungen für die dringend notwendige Diskussion liefern.

Ein sehr persönlicher Beitrag zu einer hoffentlich eröffneten Debatte. ■

*Dimitri Otto, Berlin*

## »» Nun ist der NATO-Kurs auf Rüstung und militärische Konfliktlösung kein Produkt von Aufstieg und Vormarsch, im Gegenteil. Genau das macht ihn so gefährlich. ««

Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zählt ca. 100 Unternehmen zu seinen Mitgliedern. Diese tragen direkt oder indirekt mit 28,4 Mrd US-Dollar zur deutschen Bruttowertschöpfung (2022) bei. Von insgesamt 4,082 Billionen US-Dollar. Lassen wir also mal die Kirche im imperialistischen Dorf. Klar, die amerikanischen Top Five der Branche sind da eine ganz andere Hausnummer. Logisch also, wenn der Löwenanteil der deutschen Rüstungsbestellungen in den Auftragsbüchern der US-Firmen gelandet ist. Doch für die deutsche „Zeitenwende“ bleibt festzuhalten – es handelt sich dabei ausschließlich um eine politische Entscheidung. Und noch dazu ohne bisher erkennbar eigenständige Ambition gegenüber dem US-Hegemon. Abzuwarten ist, was sich ändert, falls Trump die Wahl gewinnt.

### Kürzungen werden „notwendig“ sein

Jedem, der in Mathe nicht schon bei den Grundrechenarten ausgestiegen ist, sollte klar sein – wenn die das wirklich durchziehen, dann geht es uns erbarungslos an den Kragen. Ohne massive Umverteilung in Richtung Militär ist die geforderte neue deutsche Kriegstüchtigkeit nicht zu haben – mit allen denkbaren „sozialen Grausamkeiten“ plus noch ein paar extra. Oder glaubt

den Resten der Arbeiter:innenbewegung, SPD, Gewerkschaften, der noch legalen KPD und des Mittelstandes über Intellektuelle, Wissenschaftler:innen, Künstler:innen, bis hin zu relevanten Teilen der Kirchen. Die Erinnerung an Kesselschlachten und Bombenkrieg waren noch zu frisch. Auch nachdem die Führungen von SPD und DGB sich zu Westbindung und NATO-Rüstung bekannt hatten, kam es immer wieder zu beeindruckenden Mobilisierungen der Friedensbewegung in der alten Bundesrepublik – „Kampf dem Atomtod“, Ostermärsche. Dass allerdings die Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung eine der Quellen der „Grünen“ gewesen sein soll, ist wohl nur noch als Thema historischer Seminare von Bedeutung. Die Zeiten ändern sich. Heute erinnert sich eine grüne Außenministerin gerührt daran, dass ihr Nazi-Opa schon 1945 als Wehrmachtsoffizier auf den Seelower Höhen standhaft gegen den Russen gekämpft hat. Noch vor 30 Jahren hätte eine derart vorgebrachte Geschichte jedem CDU/CSU-Minister einen sicheren Platz am Pranger des Feuilletons der TAZ verschafft. Heute wirft Daniel Cohn-Bendit (Grüne) in selbiger Zeitung dem SPD-Kanzler „Defätismus“ vor, weil es ihm nicht schnell genug in den Dritten

## Revolution in Portugal (1974–1975)

**V**or 50 Jahren: Anlässlich des Jahrestags der „Nelkenrevolution“ veröffentlichen wir eine stark gekürzte und leicht überarbeitete Übersetzung eines Artikels unserer spanischen Genoss:innen der Izquierda Anticapitalista Revolucionaria (IZAR), vom 31. März.

Am 25. April 1974 wurde die längste faschistische Diktatur Europas beendet, durch einen Staatsstreich, der von der „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA) durchgeführt wurde. Dem folgte eine Welle von Mobilisierungen, die zwischen dem 25. 4. 1974 und dem 25. 11. 1975 den Fortbestand des Kapitalismus in Portugal in Frage stellten. Sie zeigen wichtige Lehren für alle, die dem Kapitalismus ein Ende setzen wollen.

### Die Kolonialkriege: Erste Episode der portugiesischen Revolution

Der Staatsstreich (und seine Umwandlung in eine Revolution) ist auf das Zusammentreffen von drei Faktoren zurückzuführen: die Kolonialkriege, die 1973 einsetzende Weltwirtschaftskrise und das Aufkommen einer Protestbewegung seit Ende der 1960er Jahre.

Portugal war in Kriege gegen die Befreiungsbewegungen in den Kolonien Guinea, Mosambik und Angola verwickelt, die die Wirtschaft erstickten: In den 1970er Jahren musste der Staat 40 % seines

Haushalts in die Kriegsanstrengungen investieren. Zudem wuchs die Unzufriedenheit innerhalb der Armee, die den Krieg als nicht zu gewinnen ansah.

Im Sommer 1973 begannen Berufsoffiziere, die Maßnahmen der Regierung anzufechten. Von Treffen zu Treffen entwickelte sich eine Bewegung, die zu dem Schluss kam, dass die einzige Möglichkeit, den Krieg zu beenden, darin bestand die Regierung zu stürzen. So entstand die MFA, die eine entscheidende Rolle in der Revolution spielen sollte.

Dieser Prozess fiel mit einer weltweiten Wirtschaftskrise und sozialen Protesten zusammen: In den Monaten vor dem 25. April waren etwa 100.000 Arbeiter:innen an Arbeitskämpfen beteiligt. Und für die portugiesische Bourgeoisie waren die Kolonien zwar ein wichtiger Teil ihrer Profite, aber der Krieg war mit zu hohen Kosten verbun-

den. Auch sie sah die Notwendigkeit einer Beendigung des Krieges. Als die MFA den Staatsstreich durchführte, gab es niemanden, der die Diktatur verteidigte.

### 25. April: Die Bevölkerung mischt sich ungebeten ein

Der 25. April war als Staatsstreich ohne Beteiligung der Bevölkerung geplant. Dennoch war diese massiv. Die Bilder des Tages und die Berichte der Militäreinheiten vermitteln die Erregung, den Enthusiasmus, die Kraft und die Wut eines Volkes, das die Gelegenheit ergriff, der Diktatur ein Ende zu setzen.

In den folgenden Monaten erschütterte eine Welle von Mobilisierungen Portugal. Die Bevölkerung ging auf die Straße, veranstaltete Streiks, Demonstrationen, Hausbesetzungen, usw. In Stadtvierteln und Betrieben in ganz Portugal wurden Arbeiter:innen- und Nachbarschafts-Kommissionen gewählt. Das portugiesische Volk nahm die Demokratie, die ihm jahrzehntelang verweigert worden war, selbst in die Hand. Und da in Portugal faschistische Diktatur und Kapitalismus als synonym angesehen wurden, erschien der Sozialismus als einzig möglicher Ausweg aus den kolonialen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen.

### Klassenkampf in Portugal: das Problem der Macht

Der Staat war geschwächt. Die mit dem Regime identifizierten Polizeikräfte waren nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung zu unterdrücken und die Armee war geprägt von der sich entwickelnden MFA und ihre Soldaten verbrüderten sich mit der



Diktator Salazar



Bevölkerung.

Doch geschwächt heißt nicht zerschlagen: Der Staat war immer noch da und wurde zum Schauplatz des Kampfes zwischen verschiedenen politischen Projekten, die letztlich die Interessen der widersprüchlichen Klassen und Klassenfraktionen vertreten. Die portugiesische Bourgeoisie konnte die Mobilisierungen nicht dulden, aber es fehlten ihr die Mittel, um sie zu beenden. Daher bestand ihre erste Priorität darin, eine starke Macht zu installieren, die einen reibungslosen Übergang zu einem liberalen Modell gewährleisten würde.

Eine rechte Demonstration am 28. September 1974 sollte als Vorwand zur Ausrafung des Belagerungszustands dienen. Doch die Mobilisierung der Arbeiter:innen vereitelte den ersten großen Versuch der Reaktion. Das Rad drehte sich nach links. Am 11. März 1975 wurde ein Staatsstreich wiederum durch die Mobilisierung der Bevölkerung (diesmal unter aktiver Beteiligung der am stärksten radikalisierten Einheiten der MFA und der Armee) verhindert.

Mit jedem Putschversuch verschob sich die politische Situation weiter nach links, während die Arbeiter:innen- und Nachbarschaftskommissionen immer zahlreicher wurden. Nun wurden radikalere Maßnahmen ergriffen: Verstaatlichungen (angefangen bei Banken und Versicherungen), Agrarreform usw. Die Mobilisierung der Bevölkerung hatte diese Maßnahmen vorangetrieben, Formen der Selbstorganisation hatten sich verbreitet, aber die Macht blieb in den Händen des Staates. Und das sollte zu einer gefährlichen Illusion führen, einem Vertrauen in die staatlichen Strukturen, die ja scheinbar die Revolution voranbrachten.

Dieses Vertrauen in den Staat machte in den Augen von Tausenden von Portugies:innen zwei grundlegende Fragen überflüssig: Die Zusammenfassung der Kommissionen zu einer spanienweiten Gegenmacht und politischen Alternative zu den provisorischen Regierungen. Und angesichts der scheinbar fortschrittlichen Rolle, die die Armee spiel-

te, sahen sie auch nicht die Notwendigkeit, diese Gegenmacht zu bewaffnen.

## Der heiße Sommer und das Ende des revolutionären Prozesses

Die Arbeiter:innenbewegung wurde von zwei Organisationen beherrscht: Von der moskautreuen Portugiesischen KP (PCP), die Mobilisierungen, die sich ihrer Kontrolle entzogen, feindselig gegenüberstand und die nicht müde wurde, die Autorität des Staates zu stärken. Und von der „Sozialistischen Partei“ PS, ebenfalls eine junge Partei, die es verstand, die von der PCP erzeugten Widersprüche (Schikanen gegen selbstorganisierte Bewegungen, bürokratisches Funktionieren ...) opportunistisch

» In Stadtvierteln und Betrieben in ganz Portugal wurden Arbeiter:innen- und Nachbarschaftskommissionen gewählt. Das portugiesische Volk nahm die Demokratie, die ihm jahrzehntelang verweigert worden war, selbst in die Hand. «

auszunutzen. Sie lockte mit Demokratie und einem Sozialismus, der nichts zu tun hätte mit den unattraktiven Erfahrungen im Osten. Damit gelang es ihr, einen wichtigen Teil der portugiesischen unteren Klassen ins Fahrwasser der bürgerlichen Demokratie zu führen. In der Tat war die PS die neue Option, auf die die portugiesische Bourgeoisie (und die Weltbourgeoisie) ihre Hoffnungen setzte.

Zugleich nahmen reaktionäre Demonstrationen und terroristische Aktionen rechtsextremer Gruppen zu. Der Sommer 1975 wurde daher als „heißer Sommer“ bekannt. Das Hauptproblem für die Bourgeoisie blieb jedoch die Kontrolle über den Staatsapparat.

Obwohl inzwischen gemäßigte Kräfte die Kontrolle über die Regierung und die MFA übernommen hatten, gab es immer noch radikalisierte Einheiten. Die zu kontrollieren würde das Ende des revolutionären Prozesses bedeuten. Am 25. November 1975 wurde als Reaktion auf einen angeblichen kommunisti-

schen Staatsstreich die militärische Linke zu Fall gebracht. In den folgenden Monaten stabilisierte sich das liberale Regime in Portugal, und es begann ein Angriff auf all die Errungenschaften, die durch die Mobilisierungen der Bevölkerung erreicht worden waren.

## Lehren aus einer Revolution

Die portugiesische Revolution ist reich an Lehren. Dazu gehört, dass eine Revolution nicht planbar ist, dass sie passiert, wenn man sie nicht erwartet und dass sie, wie sie beginnt, auch wieder enden kann, weil ihr Ausgang von der Stärke der im Widerstreit stehenden Klassen abhängt.

Einer der wichtigsten Punkte ist jedoch zweifellos, dass selbst in einem solchen Moment der Radikalisierung, eines ausgeprägten Linksrucks in der Bevölkerung, die Bewusstseinsprünge weder automatisch noch selbstverständlich sind. Ohne eine beginnende zentralisierte Macht, war es für die Revolution unmöglich zu triumphieren. Denn der Staat war verwundet, aber immer noch da. Die portugiesische Bourgeoisie musste nur einen Weg finden. Und sie fand ihn.

Auch weil die revolutionäre Linke nicht in der Lage war, erfolgreich um Einfluss in den Mobilisierungen zu kämpfen. Keine der neu geschaffenen, schlecht etablierten, gespaltenen und unkoordinierten Kräfte war in der Lage, die Aufgaben erfolgreich zu meistern, die einen Übergang zum Sozialismus ermöglicht hätten. ■

*Übersetzung und Bearbeitung:*

*Richard Lux, Berlin*

# Die Israel-Lobby – ein Zahnrad im Getriebe der US-Politik, aber nicht ihr Motor

**W**ährend Israels völkermörderischer Krieg gegen das palästinensische Volk mit äußerster Brutalität geführt wird, gewährt die US-Regierung unter Biden Israel bedingungslose Unterstützung. Der Krieg dauert bereits seit 6 Monaten an und hat mehr als 30.000 Palästinenser:innen in Gaza das Leben gekostet, ihre Gesellschaft zerstört und ihre Häuser verwüstet. Israel führt diesen Feldzug des Todes mit Bomben und Munition, die in den USA hergestellt wurden. Inmitten des Blutvergießens gehen die Waffenlieferungen weiter.

Noch aus der Obama-Ära stammt die Zusage an Israel, bis 2026 Waffen im Wert von 38 Milliarden Dollar zu liefern. Erst in jüngster Zeit, als Israels Krieg die Spannungen anzuhetzen und einen regionalen Krieg auszulösen drohte und eine Hungersnot im Gaza-Streifen einsetzte, hat die Regierung Biden begonnen, zu einer Änderung der israelischen Politik aufzurufen. Diese Opposition ist rein verbal. Die USA haben nichts unternommen, um ihre beträchtliche materielle Unterstützung für Israel als Hebel zu nutzen, nicht einmal, um ihre Politik leicht zu ändern. Viele Beobachter:innen fragen sich, ob die USA von der so genannten Israel-Lobby gefügig gemacht werden. Es stimmt zwar, dass pro-israelische politische Gruppen in der US-Politik viel Macht und Einfluss ausüben, aber diesem Phänomen die alleinige Schuld

zu geben, würde das Gesamtbild verschleiern – die Unterstützung der USA für Israel ist ein Pfeiler ihrer imperialistischen Politik im Nahen Osten, und die Israel-Lobby ist ein Mechanismus innerhalb der US-Politik, der diese Politik verstärkt, aber nicht kontrolliert.

### Die Gründung des Staates Israel 1948 mit einem Eroberungskrieg

Zwischen dem Ersten Weltkrieg und 1948 befand sich Palästina unter der Herrschaft des Britischen Empire, das mit den jüdischen Nationalist:innen, der zionistischen Bewegung, kollaboriert hatte. Eine Politik, die ihnen die Kolonisierung des Gebiets erleichterte. Nach dem Zweiten Weltkrieg zogen sich die Briten aus Palästina zurück, und die zionistische Bewegung nutzte die Chance. Die zionistischen Kräfte gingen rasch über die Grenzen des ge-

scheiterten UN-Teilungsplans hinaus, den die Palästinenser:innen abgelehnt hatten, da er mehr als die Hälfte des Landes an die jüdischen Kolonist:innen abtrat. Etwa 750.000 Palästinenser:innen wurden vertrieben oder flohen aus Palästina, so dass nur etwa 100.000 innerhalb der neuen Grenzen des Staates Israel lebten. Viele der Vertriebenen wurden die neue Bevölkerung von Gaza.

### Der Aktivismus der zionistischen Bewegung

Die zionistische Bewegung hatte schon immer mit einem Netz von Vertreter:innen gearbeitet, um internationale Unterstützung und politischen Einfluss zu gewinnen. Diese Strategie bildete schon die Grundlage für die britische Unterstützung des Zionismus. Während des Zweiten Weltkriegs dann setzten sich die Zionist:innen in den USA für ähnliche Ziele ein. Vor dem Zweiten Weltkrieg spielten die USA im Nahen Osten gegenüber den Briten die zweite Geige, doch nach dem Krieg änderte sich diese Dynamik. Die USA wurden die wichtigste imperialistische Macht, die im Nahen Osten Einfluss ausübte. 1953 schlossen sich zionistische Organisationen in den USA zum American Zionist Committee for Public Affairs, inzwischen AIPAC, zusammen. Diese Organisation ist bis heute die wichtigste, die Druck ausübt und sich an die Öffentlichkeit wendet, um den Staat Israel zu unterstützen.

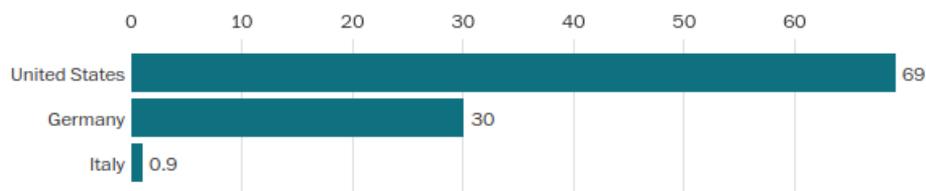
Die Unterstützung der USA für Israel erfolgte nicht automatisch. Zu Beginn wurde der neue Staat von den imperialistischen Mächten mit einem gewissen Misstrauen betrachtet. Die zionistische Bewegung hatte mit den Briten zusam-



Treffen der Verteidigungsminister der USA und Israels (Lloyd Austin und Yoav Gallant) am 18. 12. 2023 in Tel Aviv

## Top exporters of arms to Israel 2019–23

As a percentage of total Israeli arms imports



Source: Sipri.org

mengearbeitet, war aber nie vollständig unter deren Kontrolle gewesen. Die Welt war im Kalten Krieg zwischen Ost und West gespalten, und britische und amerikanische Politiker:innen, oft von Antisemitismus geprägt, verwiesen auf die osteuropäischen Ursprünge des Zionismus. Könnten sie aufgrund ihrer Herkunft nicht Verbündete der Sowjetunion sein?

### Die Nützlichkeit Israels als Sheriff der USA im Nahen Osten

Der Staat Israel bewies jedoch 1967 seinen Wert für den Imperialismus, indem er der arabisch-nationalistischen Regierung Ägyptens eine Niederlage beibrachte, die sich auf die Unterstützung der UdSSR verlassen hatte. Ägypten wurde von nationalistischen Militärs geführt, die zum Teil durch die Unfähigkeit ihrer ex-Regierung, die Palästinenser:innen 1948 zu verteidigen, motiviert waren. Aufgrund seines kolonialen Charakters stand Israel in ständigem Konflikt mit den arabischen Staaten, was es zu einem natürlichen Verbündeten der USA machte, deren Ziel es war, die Vorherrschaft in der Region auszuweiten.

Trotz der Bemühungen der zionistischen Lobby betrug die Unterstützung der USA für Israel vor 1967 nur 7 Millionen Dollar pro Jahr, ein symbolischer Betrag. Nach 1967, als Israel seine Nützlichkeit für den US-Imperialismus unter Beweis stellte, begann dieser Betrag zu steigen. Heute stellen die USA Israel jährlich 3,8 Milliarden Dollar an Militärhilfe zur Verfügung, das sind 16 % seines Militärhaushalts. Dieses aufkeimende Bündnis zwischen den USA und Israel fiel mit der militärischen Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens im Krieg von 1967 zusammen.

Nach 1967 wurde die Unterstützung des Staates Israel für US-Politiker:innen zu einer Glaubensfrage. Nicht nur, dass Israels Politik der Konfrontation mit dem arabischen Nationalismus mit den imperialen Interessen der USA übereinstimmte. Zionistische Organisationen und insbesondere das AIPAC konnten eine beträchtliche Basis für die Unterstützung politischer Kampagnen schaffen. Damit begann die Vernunftfehle, durch die das AIPAC einen erheblichen Einfluss auf die US-Innenpolitik ausübt. Diese besondere Beziehung wurde jedoch von den Interessen der USA im Kalten Krieg und ihren imperialistischen Interessen geleitet, insbesondere um die UdSSR davon abzuhalten, im Nahen Osten stärker Fuß zu fassen. Ohne diese Interessensübereinstimmung wäre die israelische Lobby kein so wichtiger Faktor in der amerikanischen Politik.

Das AIPAC ist in der Lage, beträchtliche Summen in die US-Wahlen zu investieren und Einfluss auf Kandidat:innen zu nehmen. Bei den jüngsten Kongresswahlen in Pennsylvania und North Carolina hat das AIPAC beispielsweise Millionen von Dollar in die Vorwahlen der Demokraten gesteckt, um zu verhindern, dass Kandidat:innen gewinnen, die der aktuellen israelischen Politik kritisch gegenüberstehen. Jahrzehntlang waren die Demokraten die bevorzugte Partei des AIPAC, da sie mit dem von Israel projizierten Bild einer demokratischen, säkularen und fortschrittlichen Gesellschaft übereinstimmten. In den letzten Jahren hat dies jedoch zu Kritik einiger linker Demokrat:innen an Israel geführt. Gleichzeitig unterstützen evangelikale Christ:innen, die seit den 1980er Jahren eine wachsende Kraft in

der Republikanischen Partei sind, Israel aus religiösen Gründen. In jüngster Zeit hat das AIPAC verstärkt Kandidat:innen der Republikaner unterstützt, darunter auch Trump-Anhänger:innen. Dies fiel zeitlich zusammen mit Israels Entwicklung hin zu einem rechteren, nationalistischen Profil.

Das AIPAC nutzt seine Ressourcen auch, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Debatten zu unterdrücken. Seit Jahrzehnten erstellt und veröffentlicht das AIPAC Dossiers über „israelfeindliche“ Universitäten und Professor:innen. Das AIPAC pflegt auch Beziehungen zu wohlhabenden Universitätsspende:innen (eine wichtige Finanzierungsquelle sowohl für private als auch für öffentliche Universitäten in den USA). Politiker:innen und Spender:innen üben Druck auf die Universitäten aus, um Kritik an Israel zu unterbinden. Der Druck des AIPAC hat dazu geführt, dass Professor:innen Stellen verweigert und studentische Aktivist:innen diszipliniert wurden. Während Israels aktuellem Krieg herrscht an den US-Colleges eine erdrückende Atmosphäre, da Student:innen und Dozent:innen abwägen, was es kostet, Israel und seinen Krieg zu kritisieren.

Am besten lässt sich die „Israel-Lobby“ als ein Rädchen im Getriebe der US-Politik verstehen. Sie unterstützt Politiker:innen, mobilisiert Wählerstimmen, erzeugt Propaganda und moralische Rechtfertigungen und unterdrückt abweichende Meinungen, um Israel als wichtige Stütze der imperialistischen Strategie der USA im Nahen Osten zu verteidigen. Die Beziehungen zwischen Israel und den USA sowie zwischen US-Politiker:innen und dem AIPAC wurden jedoch von Anfang an auf der Grundlage der Erfordernisse dieser imperialistischen Strategie aufgebaut, und das ist der entscheidende Faktor. ■

Victor Johnson, Bay Area, USA

Übersetzung/Bearbeitung: Sabine Müller

## Argentinien: Massenhaft Proteste gegen Kettensägen-Politik

**M**it großen Demonstrationen und Streiks hat sich die Arbeiter:innenklasse Argentiniens seit dem Jahreswechsel wieder zurück gemeldet. Sie richten sich gegen die Streichung von Sozialleistungen und Arbeitsrechten, gegen die Entlassung von 15.000 Staatsangestellten, gegen die Armut, die Inflation von 270 % ... Die Wut richtet sich gegen Milei, der letzten Dezember Präsident geworden ist. Er bezeichnet sich als „Anarcho-Kapitalist“ und beschimpfte im Wahlkampf hemmungslos das „Establishment“, wobei er dabei gerne eine Kettensäge schwang, um sein „Schockprogramm“ zu unterstreichen, das sich zusammenfassen lässt als massives Sparprogramm kombiniert mit Abwertung der Währung. Damit hat er bei den Wahlen 55 % der Stimmen bekommen. Sehr viele aus der Arbeiter:innenklasse.

Der Sieg des „Ultraliberalen“ Milei kam nicht aus heiterem Himmel. Die Argentinier:innen haben viele Jahre eine peronistische Regierung erlebt. Deren Politik wird manchmal als Mitte-Links bezeichnet, aber vor allem haben sich die Peronist:innen als politisches Chamäleon erwiesen, das schon alles Mögliche versprochen und nicht gehalten hat. Es gab auch viele Jahre eine konservative Regierung. Für die Bevölkerung brachte das immer dasselbe: eine irre Inflation, immer neue Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF), der als Gegenleistung noch mehr Sparmaßnahmen im staatlichen und sozialen Bereich verlangte. Es endete in einer ökonomischen Katastrophe.

### Die Rechten haben in der Wahl von der Unzufriedenheit profitiert

Der Wahlsieg Mileis letzten Dezember war ein Sieg über das bankrotte peronistische System. Nicht, dass die Peronist:innen zu wenig Unterstützung gehabt hätten. Der Gewerkschaftsverband CGT unterstützte den Mitte-Links-Kandidat:innen genauso wie verschiedene Wirtschaftsverbände. Die „Märkte“ hielten die sonst üblichen Turbulenzen flach, um den Wahlkampf nicht zu stören. Die regierungsnahen sozialen Bewegungen und die Gewerkschaftsapparate hielten eine Art Waffenstillstand ein, um nicht die Peronist:innen in Bedrängnis zu bringen. „Demokratie verteidigen“ war die Devise. Das half nichts. Milei konnte sich die große Verärgerung auf die Regierungen zu Nutze

machen, die nicht nur eine Armutsquote von 42 % zu verantworten haben, sondern Verschlechterungen der Lebensbedingungen für praktisch alle Schichten der Arbeiter:innenklasse. Verteidigung der „Demokratie“ gegen die Rechten bedeutet für Tausende nichts, wenn sie sowieso in ihren Vierteln täglich staatliche Gewalt erleben und ohnehin prekär leben. Die Gewerkschaften hatten immer versprochen, die



Selfie von Milei und seiner Vizepräsidentin

### » Es geht darum, alle Kämpfe der arbeitenden Schichten zu vereinen. «

Rechte der Arbeiter:innen zu verteidigen, aber gleichzeitig haben sie die Prekarisierung mitverantwortet. Viele der sozialen Bewegungen – die der Student:innen, der Frauen, der Arbeitslosen – waren weniger auf den Straßen in den Kämpfen zu sehen. Die Verteidigung der demokratischen Rechte war den Interessen des Staates und damit der Großunternehmen unterworfen. Aber die sozialen Probleme blieben. Die institutionalisierte Linke ihrerseits steht ohne Perspektive da, die sie der wütenden Bevölkerung geben könnte. Noch jetzt – trotz der heftigen Angriffe Mileis auf den gesamten Öffentlichen Dienst und die Arbeitsrechte, der drohenden Abschaffung des Rechts auf Abtreibung, trotz des Ausverkaufs der natürlichen Reichtümer des Landes an internationale Konzerne – wollen sie keinen Generalstreik und keine Massendemon-

strationen. Sie wollen Milei nicht auf der Straße herausfordern, sondern orientieren auf ... die nächsten Wahlen.

### Raus aus der Sackgasse der Wahlen, raus auf die Straße

Aber die revolutionäre Linke hat in Argentinien eine echte Verankerung. Sie sehen es als Aufgabe, eine starke unabhängige politische Kraft aufzubauen. Es geht darum, alle Kämpfe der arbeitenden Schichten zu vereinen: die der Arbeiter:innen, der Arbeitslosen (was in Argentinien eine starke kämpferische Bewegung ist), die der Student:innen, die der Frauen .. Eine koordinierte Bewegung, die sich nicht dem Staat und politischen Parteien unterordnet, sondern sich organisiert um ein Programm, das ausschließlich der Arbeiter:innenklasse verpflichtet ist. ■

Sabine Müller, Berlin

## The Zone of Interest

**E**in Haus, ein Garten, eine glückliche Familie. Die Sonne scheint, die Bienen summen. Am Rand des Gartens eine Mauer. Die Mauer zum Konzentrationslager Auschwitz. Gleißende Farben zeichnen eine Ästhetik, die einem vorkommt, als hätte man ein bisschen zu lange in die Sonne geschaut. Alles sieht frisch aus und neu, nichts ist vergleichbar mit der angegrauten Ästhetik zahlreicher bekannter Filme über das NS-Regime. Mit „The Zone of Interest“ hat Jonathan Glazer einen kontrovers diskutierten Film erschaffen.

Der Film, der das Leben des Kommandanten von Auschwitz, Rudolf Höß, seine Frau Hedwig und den beiden Kindern zeigt, wird seit seinem Erscheinen gleichermaßen dafür geliebt und ge-hasst, dass er vieles nicht zeigt.

Denn das Leben der Familie wird vor allem in der Natur und ihrer Villa mit ausladendem Garten gezeigt, und die liegt, wie es auch in Wirklichkeit war, an der Mauer zum Vernichtungslager Auschwitz. Gezeigt wird das Leben einer bürgerlichen Kleinfamilie, die Mutter kümmert sich um den Haushalt (nicht ohne die Hilfe polnischer Haushaltshil-

der von Sandra Hüller porträtierten Hedwig Höß erledigen, dann droht sie ihnen kurzerhand damit, dass „ihr Mann ihre Asche hier über die Felder verstreuen würde, wenn sie das sage“.

Der Film, der mit dem Oscar für den besten fremdsprachiger Film ausgezeichnet wurde, schafft schon seit vor seinem Erscheinen für Konflikte in den Feuilletons der deutschen Medienlandschaft. Der häufigste Vorwurf: Wer braucht einen Film über den Holocaust, in dem die Opfer nicht gezeigt werden? Eine durchaus emotional nachvollziehbare Frage, aber zu kurz gedacht.

aufhängen und auch beim Angelausflug wird Höß mit seinen Kindern überrascht, als die Asche Hunderter in den Fluss gekippt wird. Dem Zuschauenden soll klar werden: Man kann nichts verdrängen, alle hier wissen was passiert und es wird auch darüber gesprochen. Die Tatsache, dass das Familienleben so unoriginell ist, dass Verbrechen so alltäglich begangen wird und sogar mit einem gewissen Stolz, bricht die Grenzen auf. Der Holocaust wurde nicht von ein paar böartigen Menschen begangen, die meisten waren ganz gewöhnlich, keine Filmbösewichte, die man von schräg unten fast schon wieder heroisch inszenieren kann.

**» Man kann nichts verdrängen, alle hier wissen was passiert und es wird auch darüber gesprochen. «**

fen), der Vater liebt seine Arbeit und spielt gerne mit den Kindern. All das ist auf eine fast unerträgliche Art spießig. Spießig ja, aber Papas heißgeliebter Beruf ist eben Lagerkommandant von Auschwitz, Mamas Pelzmantel aus dem gestohlenen Besitz der jüdischen Lagerhäftlinge und wenn die Haushaltshilfen ihren Job nicht nach den Vorstellungen

Zum einen sind die Opfer zu sehen, wenn auch kurz, zum anderen sind sie, und das ganz deutlich, zu hören. Neben dem Film den wir sehen, läuft ein Film aus dem Lager, den wir nur hören. Die Schreie, das Gebell der Hunde, das Bollen der Krematoriumsöfen, all das in gleicher Lautstärke wie die Unterhaltungen jenseits des Zauns. Mit dieser Nähe wird uns auch die Nähe der Familie Höß erzählt. Zwangsarbeiter aus dem Lager putzen die Stiefel von Rudolf Höß, unbemerkt, ungesehen sollen sie für sie schon bleiben. Wenn das Krematorium arbeitet, kann man die Wäsche im Garten nicht

Ebenso kontrovers wie der Film selbst, wurde auch Jonathan Glazers Dankesrede bei der Oscar-Verleihung aufgenommen. Denn er fordert auf, die Geschichte nicht als Vergangenes zu Begreifen, sondern als Lehre für die Gegenwart. Er weigert sich, dass sein „Jüdischsein und der Holocaust vereinnahmt werden für die Besatzung, die so viele Menschen in einen Konflikt gestürzt hat“. International führte dieser Satz zu Bestürzung. Allein mit der Erwähnung der Besatzung Palästinas und des Holocausts in einem Satz zieht Jonathan Glazer die Wut auf sich. Es folgt die Frage, wie man im Angesicht der Katastrophe Widerstand leisten soll. Eine Frage, die auch mit dem Verzicht, historische Parallelen zu ziehen, relevanter und aktueller nicht sein könnte. Und so ist dieser Film einer, der uns zum Nachdenken und diskutieren bringt. Und das macht ein guter Film. ■

*Maria Bücke, Berlin*



# VERANSTALTUNGEN

25.4. | 19 Uhr | Die Nelkenrevolution | **BERLIN (Ort noch unklar), DÜSSELDORF**

2.5. | 19 Uhr | Militarisierung in Deutschland |  
**BERLIN, DÜSSELDORF, HAMBURG, BIELEFELD**

3.5. | 19 Uhr | Ungarn, Orban und die Linke | **WIEN**

9.5. | 19 Uhr | Marxismus und Pazifismus | **DÜSSELDORF**

16.5. | 19 Uhr | Françafrique: Frankreichs neokolonialer Einfluss | **WIEN**

23.5. | 19 Uhr | US-Imperialismus, Trumpismus und soziale Bewegung |  
**WIEN, BERLIN, DÜSSELDORF, HAMBURG, BIELEFELD**

## Adressen:

**BERLIN** | Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2A (außer 25.4.)

**BIELEFELD** | Universität, Raum per DM auf Insta erfragen

**DÜSSELDORF** | Café Solaris, Kopernikusstraße 53

**HAMBURG** | Universität, per DM auf Insta nachfragen

**WIEN** | Amerlinghaus, Stiftgasse 8, Saal 3

**SAVE THE DATE !**

**RSO Sommercamp vom 26.07. — 04.08.2024**

>>> Mehr auf [www.camp2024.sozialismus.click](http://www.camp2024.sozialismus.click) <<<

**Hier findet ihr uns  
online**

**Deutschland**

[www.sozialismus.click](http://www.sozialismus.click)

  [rsodeutschland](https://www.instagram.com/rsodeutschland)

**Österreich**

[www.sozialismus.net](http://www.sozialismus.net)

 [rso\\_organisation](https://www.instagram.com/rso_organisation)

 [rsoorganisation](https://www.facebook.com/rsoorganisation)



**Revolutionär Sozialistische  
Organisation**



**Sozialismus oder Laberei**



## WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

**D**ie bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

**Ihr erreicht uns in  
Deutschland unter:**

[info@sozialismus.click](mailto:info@sozialismus.click)

[www.sozialismus.click](http://www.sozialismus.click)

+49 1777 800571

**Und in Österreich:**

[rso@sozialismus.net](mailto:rso@sozialismus.net)

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

[www.sozialismus.click/was-wir-wollen/](http://www.sozialismus.click/was-wir-wollen/)